



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Brandt, L.O.: Der Hansabund, seine Ziele und Gegner

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

1906 gegründete Deutsche Orientbank, Kapital 16 000 000 Mark. Hauptsitz: Konstantinopel, Filiale: Brussa.

Französische: 1. die 1863 gegründete Ottomanbank, Kapital 250 000 000 Franken. Hauptsitz: Konstantinopel, 47 Filialen. Die Kapitalisten sind Franzosen und Engländer. Man kann die Anteilnahme der einzelnen Gruppen auf je 50 Prozent schätzen; 2. drei Agenturen des Credit Lyonnais (dessen eingezahltes Kapital 250 000 000 Mark beträgt) in Konstantinopel, Smyrna und Jerusalem. Das in der Türkei arbeitende Kapital kann auf 25 000 000 Franken geschätzt werden.

Englische. Siehe unter Französische Ottomanbank.



Der Hansabund, seine Ziele und Gegner

Von Dr. E. O. Brandt

Syndikus der Handelskammer in Düsseldorf



Es war ein ernster Augenblick, als im vergangenen Jahre die Reichsregierung eine umfangreiche Gesetzesvorlage zur Ordnung des Reichshaushalts machte. Niemand war im unklaren darüber, daß des Reiches Geldnot dringende und umfassende Abhilfe erheische, daß es dabei ohne tiefe Eingriffe in das gewerbliche Leben nicht abgehen werde, und daß Massenverbrauch und Besitz herangezogen werden müßten. Es war ein ernster Augenblick, denn diese Vorlage traf zusammen mit einer sehr düstern politischen Lage, und sie kam vor das gewerbetreibende Volk, als Deutschland unter den Folgen einer Krisis von ungewöhnlich hartnäckiger und schleichender Art litt, als außer dieser Riesensumme neuer Steuern gerade die gewerblichen Kreise vor den größten neuen Lasten standen. War doch die Folge der Handelspolitik eine starke Verteuerung der Lebensmittel, die sich notwendig in höhere Löhne und Gehälter umsetzen mußte, außerdem waren angekündigt die Reichsversicherungsreform, die Privatbeamtenversicherung, die Arbeiterkammern, die Gewerbeordnungsnovelle, alles Vorlagen, die vom Gewerbe viele Millionen fordern, und die, wie die Privatbeamtenversicherung und die Witwen- und Waisenversorgung, von den viel geschmähten Unternehmern ohne ein Wort des Widerspruchs angenommen worden sind. Die schlechte Wirtschaftslage machte sich vor allem im größten Bundesstaate, Preußen, geltend und führte zu einer Notsteuergesetzgebung, die ausschließlich den Besitz und zuerst das sogenannte mobile Kapital in scharfer Weise heranzog. Zwar nur für einige Jahre, aber man kann jetzt schon sagen, daß von dieser Notfinanzreform Preußens ein gut Teil dauernde Steuerlast werden wird, da sich die Finanzverhältnisse dieses Staates so schnell gar nicht bessern können. Und alles das, was in Preußen und dem Reiche den letzten Anstoß zur Knappheit

der Mittel gegeben hatte, die Erhöhung der Beamtengehälter und der Löhne, mußte natürlich auf die Städte stark einwirken. Auch dort steigende Lasten, die abermals den Besitz und das Gewerbe zum guten Teile treffen.

Unter solchen Verhältnissen, wie sie Deutschland noch nie gesehen hat, kam die Vorlage zur Ordnung des Reichshaushalts, und jedem einigermaßen unbefangenen denkenden Reichstagsabgeordneten mußte klar sein, daß in dieser Lage besondere Vorsicht geboten war, und daß die Regierung mit ihrer Abwägung der indirekten gegenüber den neu geforderten direkten Lasten durchaus zweckmäßig gehandelt hatte. Der Kampf spielte sich um die einzig große Besitzsteuer, um die Erbschaftssteuer ab; sie wurde abgelehnt, nicht weil sie eine undurchführbare und unerträgliche Steuer gewesen wäre, sondern weil sie zum Zielpunkt politischer, nicht mit der Reichsfinanzreform, ja nicht einmal so sehr mit der Reichspolitik überhaupt zusammenhängender Machtfragen gemacht wurde und demgemäß, so wie die Dinge lagen, fallen mußte. Das alles berührt uns als politisch denkende und tätige Menschen aufs tiefste, weil es den ganzen Jammer der nie endenden Zerrissenheit im deutschen Volke wieder einmal offenlegt und zeigt, daß die heutige politische Parteienwirtschaft, von wem sie auch betrieben werde, ein wahrer Krebschaden in Deutschland ist. Aber es brauchte den Gewerbetreibenden als solchen nicht sonderlich zu berühren, sobald nur die Ersatzsteuern so gegriffen waren, daß die Quellen der wirtschaftlichen Arbeit und Kapitalbildung nicht verstopft wurden. Es ist darum auch ganz ausgeschlossen, daß sich ein solcher Sturm der Entrüstung unter den sonst allem politischen Treiben abholden Gewerbetreibenden Deutschlands erhoben hätte, sobald es sich bei den Ersatzsteuern nur um die Belastung des Besitzes handelte. Das geht deutlich daraus hervor, daß die nun vom Reichstage angenommenen sogenannten Besitz-, in Wirklichkeit Verkehrssteuern zwar kritisiert worden sind, aber ruhig hingenommen wurden, weil sie sich eben ertragen lassen. Das war aber bei den zuerst vom Reichstage vorgeschlagenen Ersatzsteuern nicht der Fall. Und hier liegt der springende Punkt. Nicht, daß der Reichstag den Besitz besteuerte, wie er ihn besteuern wollte, mußte notwendig zu einem einzigen Schrei der Entrüstung des ganzen Gewerbes führen, da der Reichstag die Art an die Grundbedingungen der gewerblichen Arbeit und der internationalen Stellung der deutschen Geldwirtschaft zu legen beabsichtigte. Im Zirkus Schumann in Berlin sprach endlich einmal eine große Massenversammlung das aus, was alle Handelskammern, alle, die wirtschaftliche Interessen vertreten, hundertmal bitter gefühlt und gesagt haben, daß dem Reichstage nicht nur die volkswirtschaftlichen Kenntnisse zur Führung der Wirtschaftspolitik häufig fehlen, sondern auch der gute Wille, sie sich zu verschaffen, und das Verantwortlichkeitsgefühl für sein Handeln und dessen Folgen. Das ist eine schwere Anklage, aber ich erhebe sie mit vollem Bewußtsein ihrer Tragweite.

Es ist ganz klar, daß in einer Körperschaft, wie dem Reichstage, niemals einseitige Interessen vertreten werden sollen und siegen dürfen, daß die wider-

streitenden Interessen ausgeglichen werden müssen. Das muß aber auch wirklich gewissenhaft geschehn, und der Ausgleich muß sachliche, nicht parteipolitische oder gar parteitaktische Grundlagen haben. Und da fehlt es leider. Aber selbst den Ausgleich der Interessen finden wir nicht immer. Wir beschweren uns über die vollkommen verschiedene Würdigung, die landwirtschaftliche und gewerbliche Interessen im Parlament erfahren, und wir haben mit Schrecken sehen müssen, daß man in den letzten Wochen Steuern von der größten wirtschaftlichen Tragweite beschlossen hat, ohne sie auch nur einigermaßen technisch durchzuarbeiten, geschweige denn auf ihre volkswirtschaftlichen Wirkungen zu prüfen oder von den Sachverständigen prüfen zu lassen. So sehr wir überzeugt davon sind, daß, je schneller die Finanzreform beendet wurde, je größer das Verdienst des Reichstags ist, so sehr müssen wir es verwerfen, daß man einseitige Entwürfe ohne sachverständigen Rat zu einem überhasteten Beschlusse gebracht hat.

So können die Dinge nicht mehr weiter gehn, und daher war der Hansabund eine Notwendigkeit. Sein Dasein soll ein steter Protest und Kampf gegen alle einseitige Wirtschaftspolitik im Reiche und Staat sein, in die diese nicht durch Zufall gekommen sind. Der tiefe Riß, der durch unser Volk in seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen geht, ist entstanden durch die Beugung der Abgeordneten unter die Gewaltherrschaft vor allem des Bundes der Landwirte, der in skrupelloser Weise nicht etwa die Interessen der Landwirtschaft im Rahmen der gesamten deutschen Volkswirtschaft vertreten hat, sondern eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft durchzusetzen versucht und vielfach durchgesetzt hat. Soll ich alles das auführen, was diese einseitig agrarische Richtung in Deutschland verschuldet hat? Dem Machtwort der Agrarier verdanken wir die zu hohen Agrarzölle, die den Zolltarif derart belasten, daß selbst ein waschechter Zentrumsman, also ein Mitschuldiger an dieser Belastung, vor einigen Tagen zugeben mußte, daß nur der schwere Druck des japanisch-russischen Krieges Rußland veranlaßte, auf Grund dieses Zolltarifs einen Handelsvertrag mit uns abzuschließen. Und schließlich haben die Mitglieder des Bundes der Landwirte als Abgeordnete noch selbst gegen diesen Zolltarif gestimmt, weil er ihnen nicht genügte. Nach dem Machtwort der Agrarier hört der Mittelstand im halben Laufe auf, mußte die Börse jahrelang verkümmern, werden dem Rheine Schiffsabgaben aufgelegt, wird eine zeitgemäße Reform der Branntweinsteuer verhindert und andres mehr.

Der moderne Parlamentarismus, die Volksvertretung ist entstanden nach der Zertrümmerung der ständischen Herrschaft und im Gegensatz zu dieser, die, wenn sich alles Leben im Lichte der reinen Vernunft abspielte, nie mehr wiederkehren dürfte. Daher ist es oberster Grundsatz der Reichsverfassung, daß kein Reichstagsabgeordneter imperative Mandate übernehmen, einseitige Interessen vertreten soll. Der Bund der Landwirte hat diesen Grundsatz zerbrochen und so eine Verschiebung im Reichstage wie im preußischen Landtage hervorgerufen, die zur Preisgabe und Nichtachtung der gewerbfleißigen Bevölkerung geführt

hat. Es widerstrebt uns allen und widerstrebt mir persönlich, diese soeben gekennzeichneten gesunden Grundsätze praktischer politischer Arbeit aufzugeben, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, und das soll auch nicht geschehen; also zunächst müssen wir das Gleichgewicht wiederherstellen, für die richtige Würdigung der Bedeutung von Industrie, Handel und Gewerbe im parlamentarischen Leben und in der Gesetzgebung sorgen, und das ist der Hansabund berufen zu tun. Er muß und kann das um so eher tun, als ohnehin die rein politischen Fragen in den Parlamenten mehr und mehr von den wirtschaftspolitischen verdrängt werden, dem Gewerbebestande aber eine einheitliche politische Organisation fehlt, durch die er sich Geltung verschaffen könnte. Und weiter soll dieser Bund in sich den Interessenausgleich fördern, denn nichts hat dem Gewerbe so sehr geschadet und es so ohnmächtig gemacht, als daß es sich selbst befehdet.

Daher hat sich der Hansabund zum Ziele gesetzt: Angriffe und Schädigungen, die sich gegen die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie richten, abzuwehren und die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie zu fördern. Wohl gemerkt, der Bund soll die gemeinsamen Interessen fördern, nicht die Sonderinteressen. Welches im einzelnen diese Interessen sein werden, läßt sich heute so wenig übersehen wie die positiven Aufgaben, die der Bund zu lösen berufen sein kann und wird. Die Zeit muß das lehren, und man sollte sich in den Kreisen unsrer Freunde nicht zu früh den Kopf darüber zerbrechen. Ganz klar aber liegt, wie schon oben angeführt ist, die Art und der Inhalt der Abwehrarbeit des Bundes vor uns, sie richtet sich gegen die Verkümmern der gewerblichen allgemeinen Interessen durch eine einseitig agrarische und gewerbefeindliche Politik, und das ist eine Aufgabe, an der das gesamte Gewerbe und seine Angestellten gleich großen Anteil nehmen müssen. Und die dritte Aufgabengruppe, für die gerade die Angestellten am meisten Sympathie haben müßten, ist der Ausgleich der Interessen im Innern der Bundeskreise. Dagegen will und soll der Bund nicht die Arbeit der besondern Interessenvertretungen überflüssig machen oder ausschalten.

Und die Mittel zu der Erfüllung dieser Aufgaben? In erster Linie neben der laufenden regelmäßigen Aufklärungsarbeit die Beeinflussung der politischen Parteien, und zwar ohne jede parteipolitische Stellungnahme und ohne Halt vor irgendeiner Partei.

Liegen nun in diesen Programmrichtlinien und der praktischen Arbeit keine Hindernisse? Hindernisse sind da, und zwar sehr große Hindernisse, und die Gegner des Hansabundes sind nicht müßig, sie recht augenfällig hervorzuheben und derart zu übertreiben, daß man meinen möchte, die Gründer des Hansabundes seien Leute, die nicht über den nächsten Zaun hinwegsehen könnten.

Man hat den Hansabund mit dem Bunde der Landwirte verglichen, und dem Systeme, wenn auch nicht der Art seiner Agitation nach, ist dieser Vergleich auch berechtigt. Nur ist in mehreren Punkten ein tiefer Unterschied

vorhanden. Der Bund der Landwirte zieht seine Kraft aus der wenigstens äußerlich fast vollkommenen Einheitlichkeit der Berufs- und Standesinteressen seiner Mitglieder, und er hat auch praktisch für seine Mitglieder allerlei nützliche Einrichtungen geschaffen, die das Zusammenhalten der Mitglieder gewährleisten. Er unterhält eine Sterbekasse für seine Mitglieder und hat eine Verkaufsstelle gegründet, die verschiedene Abteilungen umfaßt, eine Abteilung für Rechtsauskunft und landwirtschaftlich-technische Beratung, eine Abteilung für Versicherungswesen, eine solche für Buchführungswesen, durch die landwirtschaftliche Buchführungen eingerichtet und geprüft werden; eine Abteilung für die Vermittlung von Maschinenankäufen, eine solche für Vermittlung von Saatgut, von Futter- und Düngemitteln und eine genossenschaftliche Zentralkasse mit einem Umsatz von etwa 200 Millionen Mark. Schließlich ist noch eine Schweineversicherung zu erwähnen und das Preßbureau des Bundes und seine Korrespondenz.

Von allen diesen Einrichtungen wird der Hansabund zunächst nicht viel nachahmen können, wenngleich man in dieser Hinsicht abwarten muß, was die Zeit bringt. Der Hansabund muß um so mehr auf den Ideengehalt seines Programms rechnen und darauf, daß seine Mitglieder einsehen, daß nicht nur das wertvoll für uns ist, was sich unmittelbar in klingende Münze umsetzen läßt. Die innere Geschlossenheit der Berufsgleichheit seiner Angehörigen kann der Hansabund dem Bunde der Landwirte auch nicht nachmachen; er muß sich abfinden mit einer Vielheit der Berufstätigkeit seiner Mitglieder und mit einer nicht zu leugnenden Gegensätzlichkeit beruflicher und Standesinteressen. Es fragt sich nur, ob diese Gegensätzlichkeit nicht oft viel mehr vermeintlich ist als tatsächlich, und ob es kein gemeinsames Band gibt, sie auf einer mittlern Linie auszuföhnen. Es gibt nichts Törichtereres, als von vornherein zu sagen, ich habe nicht dieselben Interessen wie mein Nachbar, deshalb arbeite ich nicht mit ihm zusammen. Diese Kurzsichtigkeit begehn aber heute gegenüber dem Hansabund viele Vereine und Verbände, indem sie, ohne auch nur einen leisen Versuch gemacht zu haben, ob eine gemeinsame Arbeit möglich ist, den Beitritt ihrer Mitglieder zum Hansabund ablehnen. Man kann doch ein abfälliges Urteil über eine Sache immer erst abgeben, wenn sie sich tatsächlich nicht erprobt hat. Die Probe zu machen aber ist man verpflichtet, wenn man es ernst meint mit der Förderung gewerblicher Interessen. Den Versuch kann man ohne Gefahr mit dem Hansabunde machen, da man jederzeit aus ihm austreten kann, wenn er die Erwartungen nicht erfüllt, die man auf ihn billigerweise setzen durfte. Ja jeder Vertreter einer starken Berufsgruppe muß sich sagen, es wird dem Hansabunde viel mehr schaden, wenn die einmal eingetretenen Mitglieder aus ihm wegen Verletzung ihrer Interessen ausscheiden müssen, als wenn sie gar nicht eingetreten wären. In jenem Falle sind die Gründe gegen den Hansabund klar und unwiderruflich zu formulieren, in diesem Falle wird man keine stichhaltigen Gründe vorbringen können. Das zwingt den Hansabund aber auch, auf die in ihm vereinigten Elemente die peinlichste

Rücksicht zu nehmen. Die ihm Fernbleibenden begeben sich also ohne Not eines Einflusses, der ihnen geboten wird, während man auf die Außenstehenden natürlich keine Rücksicht zu nehmen braucht.

Schon die ungemein große Emsigkeit, mit der die politischen Parteien bemüht sind, dem Hansabunde die schwersten Steine in den Weg zu werfen, ihn aufs erbitterteste zu bekämpfen, sollte allen denen, die mißtrauisch beiseite stehn, zu denken geben. Einen Gegner, den man nicht fürchtet, befehdet man nicht auf diese Weise.

Welches sind nun die Gründe, die die Gegner und Mißtrauischen gegen den Hansabund vorbringen? Es sind Gründe allgemein politischer, wirtschafts-politischer und sozialpolitischer Art. Aus den vielen Rundgebungen greife ich für jede Art dieser Gründe einige besonders charakteristische heraus und werde auch nicht davor zurückschrecken, falsche Ansichten von Freunden des Hansabundes zu erwähnen, da Klarheit hier die erste und einzige Pflicht ist.

Gegnerschaft aus politischen Gründen

Ein Verein, der vorgibt, für die Interessen der Kaufmannschaft und des Gewerbes einzutreten, wäre an sich gewiß auch manchem katholischen Kaufmann und Industriellen nicht unsympathisch gewesen, denn weshalb soll man nicht für die Interessen des eignen Standes eintreten? Jetzt aber, wo der Hansabund sich als Organ für die Förderung des Liberalismus entpuppt, liegt die Sache anders. Das will niemand mitmachen, der auf dem Boden des Zentrums, der konservativen oder wirtschaftlichen Reformpartei steht. Man braucht sich doch nicht an die Rockschöße des Liberalismus zu hängen, wenn man für kaufmännische und gewerbliche Interessen eintreten will. (Kölnische Volkszeitung Nr. 526, 27. Juni 1909.)

Der Hansabund bedeutet nicht, daß sich die Vertreter des Gewerbes, Handels und der Industrie zum Liberalismus oder, genauer gesprochen, zu einer der liberalen Parteien bekannt hätten; er ist parteipolitisch farblos. Der Bund wird über die Finanzreform hinaus als geschlossene Phalanx des gesamten wirtschaftlichen Lebens stets neue Übergriffe einseitiger Interessen des Großgrundbesitzes abzuwehren und im Innern einen Ausgleich der bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu suchen haben. Er muß Aufklärung über die wahre Natur des Wirtschaftslebens und seine Zusammenhänge betreiben. Und da auch der Liberalismus den Sieg von der Aufklärung erwartet, so begegnen sich hier die Aufgaben des Hansabundes mit denen des Liberalismus. So ist der Hansabund, er mag wollen oder nicht, der geborne Bundesgenosse des Liberalismus. (Abgeordneter Dr. Franz von Vitz in der Kölnischen Zeitung Nr. 660, 21. Juni 1909.)

Ich will von meinem Standpunkte aus nicht unterlassen, meinem Bedauern Ausdruck zu geben, daß nun weiter Produktentzwei und Handelskreise des Deutschen Reiches hier eine neue Klust geschaffen haben, eine Klust, die wenn die Agitation für diesen neuen Bund so weiter geht, wie bisher, leider nur zu sehr geeignet ist, das deutsche Volk immer weiter auseinanderzureißen. Und ich muß doppelt bedauern, daß staatliche Organisationen, wie es die Handelskammern sind, sich dazu hergeben, diese Klust noch fördern (!) zu helfen, und zwar auf Kosten der Handelskammern, also auch der Mitglieder, die mit diesem Vorgehn nicht einverstanden sind. Es ist von Mitgliedern des Hansabundes öffentlich

zugegeben worden, daß man einseitige liberale Parteipolitik in diesem Bunde treiben will, und mit Rücksicht darauf ist es bedauerlich und fraglich, ob es mit den Gesetzen in Einklang steht, daß eine Organisation, welche staatliche Autorität genießt, in der Weise die parteipolitischen Bestrebungen des Hansabundes durch ihr Geld unterstützt. (Abgeordneter Speck im Reichstage vom 8. Juli 1909.) Vgl. auch die Erklärung des Ausschusses des deutschen Handwerks- und Gewerbeammertages weiter unten.

Der Hansabund ist ohne Zweifel eine Vereinigung mit politischen Zielen; niemand will das leugnen, denn davon, ob er die politische Arbeit, die er sich vorgenommen hat, auch wirklich vollbringt, hängt sein Bestehn, sein Schicksal ab. Man kann es deshalb weder dem Zentrum noch den Konservativen noch sonst wem verdenken, wenn sie sich als Parteien der Beeinflussung, die ihnen droht, zu entziehen suchen. Für die Gewerbetreibenden dagegen, die diesen Parteien angehören, gelten diese Gründe nicht. Zu all den freundlichen und gegnerischen Stimmen, die ich hier erwähnt habe, ist zunächst grundsätzlich zu bemerken, daß ein gewaltiger Unterschied zwischen einem politischen und einem parteipolitischen Auftreten besteht, und daß wir darum bitten müssen, daß dieser Unterschied nicht so ganz nebenbei verwischt wird, indem man den Hansabund für eine liberale Parteigruppe ausgibt. Es muß auf das entschiedenste bestritten werden, und es muß dafür noch der Beweis gebracht werden, daß jemals der Hansabund als eine liberale Parteigruppierung von seinen eignen Führern bezeichnet worden ist, und liberale Abgeordnete arbeiten unsern Gegnern in die Hände, wenn sie auch nur entfernt etwas derartiges andeuten. Der Liberalismus in dem Sinne, wie das Zentrum und die Konservativen dieses Wort brauchen, um gegen die Bewegung anzukämpfen, ist im wesentlichen eine kulturpolitische Richtung, während es der Hansabund nur mit wirtschaftlichen Dingen zu tun hat.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Wirtschaftspolitik auch einen Einfluß auf die Kulturpolitik hat, doch dieser Einfluß ist von vornherein in keiner bestimmten irgendwie gearteten parteipolitischen Richtung durch den Hansabund festzulegen. Es ist gegenüber den Mächten, die seither mit der größten Schärfe die Ausschließlichkeit wirtschaftlicher Interessen betont haben, ein großer Fehler der gewerblichen Bevölkerung gewesen, sich immer und immer wieder von dem kulturpolitischen Programm der politischen Parteien haben einfangen zu lassen. Möchten die Parteien innerlich nach der wirtschaftspolitischen Seite noch so wenig einheitlich sein und nach außen bei der praktischen politischen Arbeit die Wirtschaftsinteressen noch so wenig oder noch so unzweckmäßig vertreten, die Gewerbetreibenden haben immer wieder geschwiegen, wenn man ihnen sagte: wirtschaftlich mag euch ja nicht Genüge geschehen, aber ihr dürft davon eure Stellung zur Partei nicht abhängig machen. Denkt an das Kulturprogramm, das wir euch bieten. Das ist das wichtigste, und darum seid hübsch stille! Diese Gefügigkeit muß aufhören. Die Gewerbetreibenden dürfen sich nicht mehr zu Heloten von Kulturpolitikern machen lassen, die dem wirt-

schaftlichen Leben fernstehn und es oft gar nicht verstehn und schützen wollen, die, wie es zuletzt geschehen ist, parteitaktischen Erwägungen zuliebe die schwersten und leichtsinnigsten Eingriffe in das Wirtschaftsleben nicht scheuen.

Der Hansabund wird sich mit derselben Entschiedenheit gegen die wirtschaftspolitische Arbeit der liberalen wie der konservativen Parteien wenden müssen, wenn sie eine falsche Richtung einschlagen und gegen das oben erwähnte Programm verstoßen. Und ich persönlich bin der Meinung, daß das liberale Parteien nicht selten getan haben, wenn auch bei ihnen nicht eine solche grundsätzliche Industrie-, Handels- und Verkehrsfeindschaft zu bemerken war wie bei andern Parteien. Diesen Zusammenhang der Dinge hat man auch in den Kreisen des Gewerbes durchaus erkannt, und darum haben sich verständigerweise Angehörige aller politischen Parteien im Hansabunde zusammengeschlossen. Es ist bedauerlich, daß der Ausschuß des Handwerks- und Gewerbekammertages die Dinge nicht so angesehen hat, wie sie wirklich sind und soeben dargestellt wurden, sonst würde er die Erklärung nicht erlassen haben, die weiter unten wiedergegeben ist. Wie nun gar eine Mittelstandsvereinigung genau denselben Standpunkt der parteipolitischen Neutralität, den sie selbst als den ihrigen anerkennt, bei andern verwirft, ist nicht recht verständlich. Die Bildung einer eignen Partei erstrebt der Hansabund nicht. Er vertraut darauf, daß es seinen guten Gründen und seiner Macht gelingen wird, das Rechte auch bei den bestehenden Parteien allmählich durchzusetzen.

Nach diesen Ausführungen fällt auch die nette Denunziation der Handelskammern beim Handelsminister, die der Abgeordnete Speck für nötig hielt, glatt zu Boden. Es ist merkwürdig, daß die Abgeordneten die Handelskammern nur kennen und nennen, wenn sie an ihnen etwas zu tadeln haben. Daß sich ein Abgeordneter einmal mit der sachlichen Arbeit einer Handelskammer vertraut gemacht oder ihre Stellung anerkannt und aus ihr gelernt hat, ist kaum vorgekommen. Gerade diese vollkommene und beleidigende Nichtachtung der sachlichen Arbeit der Handelskammern durch solche Abgeordnete wie Speck aber ist es hauptsächlich, die die Handelskammern notwendig in den Hansabund hineinzwingt.

Gegnerschaft aus wirtschaftspolitischen Gründen

Das Handwerk hat wieder bescheidne Erfolge errungen, und zwar im schärfsten Kampfe gegen die, die die Hauptvorteile von der Gewerbefreiheit genießen, gegen die Industrie, den Großhandel und das Großkapital, gegen die liberalen und freisinnigen Parteien, während das Handwerk nur bei den Konservativen und dem Zentrum Verständnis fand. Der Mittelstand kann sich nicht dem Hansabund anschließen, an dessen Spitze die ausgesprochenen Vertreter des Großkapitals stehn, dem die Syndikate und großindustriellen Betriebe, die Herren des Großhandels und der Börse angehören. Der Handwerkerstand soll in diesem Bunde wiederum als Stimmvieh benutzt werden, was er jahrzehntelang war, solange er noch keine Organisation und kein Selbstbewußtsein hatte. (Deutsche Fleischerzeitung Nr. 51, 26. Juni 1909.)

Es ist erwiesene Tatsache, daß gerade das Großkapital unaufhaltbar an der Beseitigung der kleinern und mittlern selbständigen Existenzen, also des Mittelstandes, arbeitet. Darum muß Mittelstand und Großkapital im Hansabund anmuten wie ein Bündnis zwischen Wolf und Lamm. (Hotel-Revue, 24. Juni 1909.)

Zufrieden mit den bestehenden Verhältnissen sind nur wenige, nämlich jene, die die Herrschaft in der Hand haben, jene Kreise, die Raum finden, sich zu entfalten, wie sie wollen, und vergessen haben, daß Millionen tüchtiger Menschen vom selben Willen befeelt sind, aber keinen Raum finden. Jene Kreise haben nicht ohne Schuld wenig Sympathien. Sie haben durchweg jedes Verständnis für die Klagen des Mittelstandes verloren, sie haben hochmütig jede Verbindung mit ihm abgebrochen. Vergebens sind tausende Versuche gemacht worden, alle gütererzeugenden Betriebe, gleichgiltig ob groß oder klein, zur gemeinschaftlichen Handelsvertretung zusammenzuschließen. Solange nicht Garantien vorliegen, daß die Großindustrie den oben skizzierten Standpunkt zum Handwerk radikal verläßt, erscheint es im höchsten Grade bedenklich, daß das Handwerk Vorspanndienste einem Systeme leistet, das der Grund zu seinem Niedergange geworden ist. (Tischlergewerk Nr. 25, 1909.)

Mit Rücksicht darauf, daß eine gerechte Würdigung der Interessen des Mittelstandes infolge seiner volkswirtschaftlichen wie nationalen Bedeutung die gemeinsame Aufgabe aller staatszerhaltenden Parteien in den deutschen Parlamenten sein muß und in letzter Zeit auch gewesen ist, lehnt der geschäftsführende Ausschuß des deutschen Handwerks- und Gewerbetagertages jede einseitige Wirtschafts- oder parteipolitische Stellungnahme ein für allemal ab. (Erklärung vom 9. Juli 1909 zu Wiesbaden.)

Weitaus am eifrigsten in der Agitation (für den Hansabund) sind die großkapitalistischen Freihändler, während sich die industriellen Schutzöllner zurückhalten. Man darf begierig sein, ob die schutzöllnerischen Vorstandsmitglieder des neuen Hansabundes Arm in Arm marschieren werden mit ihren freihändlerischen Kollegen, die in jeder Beziehung das Übergewicht haben. Wenn es dem neuen Hansabund auf die Dauer gelingt, Freihändler und Schutzöllner in seinem Schoß zu vereinigen, dann wird man seinem Programm eine noch nicht dagewesene Versalität nachsagen müssen. (Kreuzzeitung Nr. 338, 22. Juli 1909.)

Die absolute Einkommenssumme ist gestiegen, aber abgesehen davon, daß das Quantum wirtschaftlicher Selbstbestimmung sich fortgesetzt vermindert, steigt in ungleich schnellerer Progression als das absolute Einkommen der verhältnismäßige Abstand zwischen Mittelstand und denen, die ihre Hand dem Beutel der nationalen Ersparnisse nahebringen können. Es entsteht ein instinktiver Haß gegen die Macht, die mit so logischer Gewalt zur Proletarisierung führt, und schlägt die Richtung gegen Bank, Börse und Großkapital ein. Was will der Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie gegen diese Summe von Erbitterung sagen, die sich zwischen die Großen und die Kleinen in Handel und Industrie drängt, und die den Mittelstand schon längst zur Sozialdemokratie geführt hätte, wenn diese nicht auch in ihm noch eine von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begünstigte Klasse bekämpfen würde? (Alfred Vansburgh in der Halbmonatsschrift Die Bank, Heft 7, Juli 1909.)

Alfred Vansburgh begeht mit seinen düstern Äußerungen denselben Fehler, den die sozialistischen Wirtschaftstheoretiker gemacht haben; er konstruiert sich eine Verelendungstheorie für den Mittelstand, die eben Konstruktion ist und

genau so wenig richtig ist, wie es die Verelendungstheorie für den Arbeiterstand war, und wie es der Satz des sozialdemokratischen Programms war, die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führe mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes. Diese letzte Behauptung, die Lansburgh oben mutatis mutandis aufgenommen hat, widerlegt Eduard Bernstein in seinem neuesten Buche über den Revisionismus in der Sozialdemokratie mit folgenden Worten: „Die kleinen Betriebe in Industrie und Handel sind nicht vernichtet worden, sie sind nur überflügelt und in ihrer Natur und wirtschaftlichen Stellung verändert worden. Ganze Reihen von ihnen sind freilich verschwunden, von Großbetrieben vernichtet oder aufgesaugt worden. Dafür aber hat der Kapitalismus selbst wieder neue Kleinbetriebe geschaffen.“

Diese Auseinandersetzung mag Lansburgh auf seine eignen Ausführungen anwenden. Richtig an diesen Darlegungen ist nur eine Bemerkung, daß nämlich das Gefühl des Unbehagens in den Kreisen des Mittelstandes besteht, man fühlt es, daß man in einer Zeit wichtiger ökonomischer Umwälzungen steht, und der Mittelstand richtet seine Beschwerden „instinktiv gegen Bank, Börse und Großkapital“. Aber der Instinkt ist nicht immer der rechte Wegweiser, und in diesem Falle zeigt er den falschen Weg. Es ist eine der bedauerlichsten Erscheinungen der Zeit, daß über Bank- und Börsenwesen so falsche und gehässige Anschauungen bestehen und sich auch in der Gesetzgebung durchsetzen und unserer Volkswirtschaft den Hemmschuh an vielen Stellen anzulegen vermögen. War denn unsere Industrie immer so groß wie heute? Hat nicht unser Zeitalter sie zum guten Teil aus dem Handwerk heranwachsen sehen und beobachten können, daß die Banken in unzähligen Fällen den Kleinen groß gemacht haben und heute noch groß machen? Die Banken haben natürlich auch Fehler gemacht, und ich verurteile es zum Beispiel aufs schärfste, daß gerade die Banken aus eigensüchtigen Interessen heute den Scheckverkehr hinter den Kulissen bekämpfen, den sie selbst befürwortet haben. Aber ich will zum Beweise meiner Anschauungen nur auf all die Bankzusammenbrüche der letzten Jahre verweisen. Überall hat sich gezeigt, daß die Banken der Industrie und oft gerade den Kleinen nicht zu wenig, sondern viel zu viel entgegengekommen sind. Es ist eine Kurzsichtigkeit sondergleichen, wenn der Mittelstand gegen Bank- und Börsenwesen ankämpft, als seien das seine Feinde. Er kann höchstens wünschen, sie möchten ihm noch mehr freund werden als bisher. Ich will im übrigen hier die Banken nicht weiter verteidigen, denn ich behandle ein politisches Thema und kein volkswirtschaftliches, aber auf eines möchte ich noch hinweisen: Nehme man das Bankwesen aus Deutschlands Volkswirtschaft heraus und schließe unsere Börsen, dann ist es mit der Weltmachtstellung Deutschlands mit einem Schlage zu Ende.

Und nun die Gegnerschaft gegen die Großindustrie. Auch hier ein irregeleiteter Instinkt, der sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet doch nicht

finden sollte. Man muß sich doch nur ernstlich überlegen, wie vielen Tausenden Mittelstandsexistenzen allein die Kohlenindustrie zum Dasein und Bestehn verholfen hat. Wo wären denn all die blühenden Gemeinwesen dieses Bezirks mit all den kleinen Gewerbetreibenden, wenn nicht das Großkapital die Kohlen-schächte abgeteuft hätte? Man lasse sich nicht hineinreißen in diese von grund-falschen volkswirtschaftlichen Anschauungen ausgehende Feindschaft gegen das Kapital und die Industrie. Eine solche Kurzsichtigkeit fällt auf uns selbst zurück. Nirgends besser versteht man, wie notwendig eine eindringliche wissen-schaftliche Aufklärung des Volkes durch den Hansabund ist, als wenn man diese Fragen anschnidet, und wenn man verfolgt, was jetzt in den Beschlüssen der Vertreter des Mittelstandes, selbst wenn man große Fehler und Schwächen der kapitalistischen Entwicklung zugibt, an fanatischer Voreingenommenheit zu-tage tritt. Hier ist auch der Punkt, wo der innere Ausgleich der Interessen durch den Hansabund am ersten einsetzen muß.

Das seltsamste an den soeben mitgeteilten Auslassungen aber ist, daß der Mittelstand auf der einen Seite mit einer gewissen Erbitterung behauptet, das Großkapital, und was damit zusammenhängt, habe hochmütig jede Verbindung mit ihm abgebrochen und habe alle Versuche einer großen alle Gütererzeugung umfassenden Standesvertretung abgewiesen, auf der andern Seite aber diese Verbindung, das Zustandekommen einer solchen Vertretung in demselben Augenblicke ablehnt, wo sie ihm im Hansabunde freiwillig angeboten wird. Wie kann man derartig gegen sein eignes soeben laut verkündetes Interesse handeln, wie es hier von Vertretern des Mittelstandes geschieht? Mißtrauen gegen das zukünftige Auftreten des Hansabundes kann für diese Stellung ernstlich nicht ins Feld geführt werden. Die Handwerker und andern Glieder des Mittelstandes sind doch zu einsichtig, um sich „als Stimmvieh“ gebrauchen zu lassen. Sie sollen ja ihre Vertretung im Hansabund erhalten und können also dort ihre Interessen jederzeit wahrnehmen. Ja noch mehr, da der Hansabund keine Aufgabe angreifen darf, die nicht ein gemeinsames Interesse aller in ihm vereinigten Kreise deckt, so ist eine Majorisierung, eine Unterdrückung des Mittelstandes im Bunde gar nicht möglich, selbst wenn der Mittelstand nicht die Mehrheit im Hansabund und seinen Organen hat. Vielmehr genügt eine kleine Vertretung, um alles zu hindern, was dem Mittelstande schadet, und alles vorwärts zu treiben, was ihm nützt. Es hat noch nie eine Körperschaft gegeben, die der Minorität einen so gewaltigen, ja den entscheidenden Einfluß eingeräumt hätte, wie es der Hansabund tut. Und eine solche Gelegenheit, sich zur Geltung zu bringen, will der Mittelstand versäumen, er will, nicht etwa von klarer Einsicht, sondern von einem falschen Instinkt geleitet, tatenlos beiseite stehn. Es ist schwer zu glauben, daß das tatsächlich so geschehen sollte, wie es die politischen Parteien wünschen. Diese haben allerdings seit dem Tage der Gründung des Hansabundes mit allem Nachdruck daran gearbeitet, den Mittelstand von dem Bunde fernzuhaltten, und es hat den Anschein, als

wollte der Mittelstand diesen eindringlichen Mahnungen zum Teil wenigstens folgen. Deshalb betone ich nochmals, dieses Fernbleiben wird dem Mittelstande sehr schaden, er beraubt sich freiwillig eines gewaltigen Einflusses, der ihm jetzt vom Hansabunde ebenso freiwillig geboten wird.

Mit der Hervorkehrung des Gegensatzes zwischen Schutzzoll und Freihandel hat es sich die Kreuzzeitung recht leicht gemacht. Zwischen dem ersten und zweiten Satze des oben angegebnen Zitats besteht doch ein augenfälliger Widerspruch. Einmal behauptet die Kreuzzeitung, die Schutzzöllner hielten sich in der Agitation für den Hansabund zurück, im andern Satze spricht sie von schutzzöllnerischen Vorstandsmitgliedern des Bundes. Nun, wenn hervorragende Schutzzöllner dem Vorstande des Bundes zusammen mit Freihändlern angehören, so müssen diese jedenfalls nicht die Überzeugung haben, daß diese Frage den Bund sprengen könne. Dabei wollen wir der Kreuzzeitung verraten, daß die alten Doktrinäre, die Nichts-als-Freihändler der alten Schule so ziemlich ausgestorben sind. Die Meinungsverschiedenheiten, die hier unter den verschiedenen wirtschaftspolitischen Richtungen bestehen, sind viel mehr solche über das Maß des Schutzes der nationalen Arbeit als über den Grundsatz dieses Schutzes.

Gegnerschaft aus sozialpolitischen Gründen

Der Hansabund wird sich zu einem antisozialen Verbandsorgan auswachsen und nach Verabschiedung der Reichsfinanzreform eine Bremse für den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung werden. (Der technische Grubenbeamte, Organ des Deutschen Steigerverbandes, Juli 1909.)

Zweifelloos bildet der Hansabund ein neues Element im Leben der politischen Parteien, allein seine auf Verflabung der Massen gerichteten Bestrebungen, sein Ziel der Schaffung und Berewigung von Industrieklaven, der Aufrichtung eines alles beherrschenden Industrie-feudalismus sind so kulturwidrig und kulturfeindlich, sind eine so große Gefahr für die Weiterentwicklung und Zukunft der heutigen Kultur, daß sie zwar die bestehenden Klassenkämpfe verschärfen und große heftige neue Kämpfe heraufführen können, aber schließlich doch an der realen Macht der Verhältnisse scheitern müssen. (Metallarbeiterzeitung Nr. 28, 10. Juli 1909.)

Erreicht ist die Bildung eines Bundes, der einseitige Interessenpolitik treiben und den sozialpolitischen Fortschritt bekämpfen wird. (Rölnische Volkszeitung, 25. Juli 1909.)

Über die Gegnerschaft, die dem Hansabund aus den Kreisen der Angestellten erwächst, ist daselbe zu sagen, was wir über die Gegnerschaft des Mittelstandes ausgeführt haben. Auch die Angestellten haben sich wiederholt beklagt, daß es ihnen an einer Gelegenheit zur Aussprache mit den Geschäftsherren fehle. Sie wird ihnen im Hansabunde geboten. Es ist ein Zeichen der grundsätzlichen Unsachlichkeit, mit der auch die Gewerkschaften alle Fragen behandeln, wenn die Metallarbeiterzeitung dem Bunde gegenüber nichts anderes findet als die alte Taktik der demagogischen Verhetzung mit solchen Phrasen

wie „Bund zur Versklavung der Massen“. Dieser Methode gegenüber ist alle sachliche Widerlegung vergeblich, denn der soziale Unfriede und seine stete Verstärkung gehören beide zum taktischen Handwerkszeuge der Arbeiterführer. Auf andre Kreise aber sollte das keinen Eindruck machen. Daß man den Hansabund als einen Scharfmacherverband, als einen Verband gegen die Sozialpolitik hinstellt, kann nur bei denen verfangen, die seine Satzungen nicht kennen, und es ist nicht richtig, einzelne vielleicht nicht ganz zweckmäßige Äußerungen einiger Redner über die Sozialpolitik in der Versammlung im Zirkus Schumann als Programm des Hansabundes aufzufassen. Gerade wenn solche Befürchtungen in den Kreisen der Angestellten vorhanden sind, müssen sie in den Hansabund hinein, denn dort haben sie ja, wie ich vorhin schon ausführte, auch als Minderheit die vollste Gewähr, Einfluß zu gewinnen. Die Angestellten sind aber im Hansabunde gar nicht in der Minderheit, sondern man kann heute schon sagen, daß sie die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden um ein Vielfaches übertreffen werden, und demgemäß wird ihr Einfluß sein. Und wenn es ihnen auch nicht gelingen sollte, den Hansabund in der Richtung vorwärts zu treiben, die ihnen die allein richtige zu sein scheint, so können sie doch unbedingt alles hindern, was für ihre Interessen verhängnisvoll wäre, denn, um es nochmals zu wiederholen, der Hansabund darf nicht einseitige, sondern nur gemeinsame Interessen vertreten. Ich sollte meinen, das sei eine einfache und klare Logik. Der Hansabund ist die großartigste Schöpfung, die jemals zur Versöhnung von Interessengegensätzen geschaffen worden ist und ihr auch dienen wird, wenn alle vom richtigen Geiste der Mäßigung befeelt sind. Das sollten die Angestellten bedenken.

Auch in den Kreisen der Angestellten ist es bestritten worden, daß es gemeinsame Interessen des ganzen Gewerbes gebe, die zugleich Interessen der Angestellten seien. Das ist einfach unverständlich. Für die Angestellten kann es doch nur von größtem Vorteil sein, wenn die Gewerbe in der praktischen Volkswirtschaftspolitik des Staates einen großen Einfluß haben. Je größer dieser Einfluß, je freier die Bewegung, desto größer die Rückwirkung auf die Lage der Angestellten selbst. Es gibt aber eine solche Gemeinsamkeit der Interessen selbst bei Fragen, die sozialpolitischer Art sind. Ich will ein Beispiel herausgreifen: die Frage der Kaufmannsgerichte. Das Interesse der Angestellten an dieser Frage bestand darin, daß sie eine schnelle und billige Zivilrechtsklage unter Mitarbeit von Berufsgenossen wünschten. Diese grundsätzliche Forderung ist kaum von einem Prinzipal bestritten worden; streitig war nur der Weg, wie man die Forderung erfüllen könne. Die Handelskammern wünschten eine grundsätzliche Reform des gerichtlichen Verfahrens, also eine allgemeine Beschleunigung der Rechtspflege, die Angestellten dagegen die Beschleunigung nur für einen Teil der Bevölkerung durch Sondergerichte. Hier liegt gar nicht ein solcher Widerstreit der Interessen vor, wie er künstlich in dieser Frage seinerzeit aufgebaut worden ist. Und so wird

es bei näherer Betrachtung noch viele Fragen geben, bei denen die Dinge ähnlich liegen.

Damit sind wohl alle die Einwürfe der Gegner des Hansabundes, die man bisher gehört hatte, widerlegt, und man kann nur wünschen, daß nicht wiederum, wie es schon so oft geschehen ist, ein großes Werk an dem Mißtrauen und der Eigenbrödelei, die leider so schlechte deutsche Eigenschaften sind, scheitern möchte. Die dieses Vertrauen haben, sind meist Leute, die selbst alles Mißtrauen verdienen. Der Hansabund kann schon im Entstehen ohnmächtig sein, er kann nach kurzer Zeit verderben, aber nur durch die gewerbetreibenden Kreise selbst, für die er gegründet worden ist, niemals durch seine Gegner. Sollte dieses traurige Ergebnis eintreten, so muß man allerdings für alle Zeiten den Gedanken aufgeben, dem deutschen Gewerbleiß den gebührenden politischen Einfluß zu schaffen, denn er will ihn nicht haben. Man muß darauf verzichten, den Ausgleich der gewerblichen Interessen ernstlich zu betreiben, denn die Schwächern, die immer danach gerufen haben, wollen daran nicht mitarbeiten. Sei sich aber jeder Gewerbetreibende und Angestellte bewußt, daß er vor einem großen Ereignis steht, und daß seine eigne Entscheidung den Hansabund zur Macht führt oder zur Ohnmacht verurteilt.

Natürlich hat auch der Name „Hansabund“ den Gegnern Anlaß gegeben, aus geschichtlichen Vergleichen darzutun, wie wenig Recht diese jüngste Bewegung hat, die Manen der Hanse zu beschwören. Die Kreuzzeitung, deren Stellung zum Hansabunde übrigens nicht so ganz sicher ist, wie sie zu sein scheint, überschrieb am 23. Juni 1909 einen Artikel mit dem Titel: „Der neue Hansabund und die Gehänselten“ und führte darin aus, es sei der Name Hansabund so etwas wie der Mißbrauch einer Schutzmarke. Die alte Hanse habe ihre Bestrebungen gegen Fremde, nie gegen Deutsche gerichtet, sie habe wirkliche Waren deutscher Herkunft ausgeführt. „Auch hätten die alten Hanseaten sich nicht vorreden lassen, die deutsche Landwirtschaft sei ihr natürlicher Gegner, den es zurückzudrängen gelte.“ Die neue Hanse richte sich gegen Deutsche, sie verheze die elementaren (!) Nahrungsstände (!). Im Zirkus Schumann seien die Männer vom großen Portemonnaie zusammengekommen, die nicht mit wirklichen Waren, sondern mit fingierten Waren, vor allem mit Geld handeln.

Hierauf ist zunächst zu erwidern, daß im neuen Hansabunde noch nie jemand gesagt hat, die deutsche Landwirtschaft sei sein natürlicher Gegner, und daß es sich nicht lohnt, eine so kindliche Auffassung wie die von dem Handel mit fingierten Waren zu widerlegen. Aber auch der Vergleich mit der alten Hanse ist vollständig schief. Er muß deshalb richtiggestellt und ergänzt werden.

Wenn der neue Bund den Namen der Hanse angenommen hat, so tat er es wohl, um sich als einen Zusammenschluß der gewerblichen Bevölkerung zu eigener politischer Tat zu kennzeichnen, und insofern ist der Name richtig

gewählt. Im übrigen war die alte Hanfa (vgl. Professor Dr. Richard Mahr in Helmolts Weltgeschichte, Leipzig, 1900) ein innerlich recht loses Gebilde, stark nur, solange die schwach waren, die sie auszunutzen verstand. Der Hansaherrschaft waren „lauter Negationen, lauter Abwesenheit von entgegenwirkenden Kräften“ förderlich. Sobald der Norden politisch erstarkte, war es mit der Macht der Hanfa vorbei. Die Hanfa war aber auf dem Gebiete der innern Politik, wie im Gegensatz zu der Auffassung der Kreuzzeitung festzustellen ist, der in den ober- und mitteldeutschen Städten vertretne Widerstand des Industrialismus, des Kapitalismus und hanseatischen Handels gegen die von den Fürsten und Herren getragne agrarische Reaktion. Der neuen Hanfa sagt man nach, sie sei innerlich noch nicht geschlossen, und das ist richtig; sie zieht ihre Kraft nicht, wie die alte Hanfa, aus der Schwäche derer, die ihr gegenüberstehn, sondern im Gegenteil, ihre Gegner sind stark, vorläufig noch stärker als sie selbst, und sie muß sich deshalb mit der Stärke, nicht mit der Schwäche messen. Die alte Hanfa mag den heimischen Ackerbau nicht ganz nach Gebühr gewürdigt haben, die neue Hanfa weiß ihn zu schätzen. Sie kämpft aber ebenso wie die alte Hanfa gegen das Privilegium der ausschließlichen politischen Herrschaft dieser Kreise. Und daß sie dazu ein gutes Recht hat, bedarf nach der jüngsten Rede des Herrn von Heydebrand keines Beweises mehr. Die neue Hanfa aber mag von der alten eins lernen. Nur der Wille zur Macht kann große Entwürfe zum Siege führen, dem Kleinmütig zaudernden und ängstlich wägenden fallen die Früchte nicht in den Schoß; er entreißt so entschlossenen Gegnern, wie sie der Hansabund hat, die Fahne nicht. Erfüllt sich die gewerbtreibende Bevölkerung mit diesem Willen, so wird sie die Macht haben, deren sie bedarf, nicht etwa um ihre eigne Herrschaft aufzurichten und das eine Sondervorrecht an die Stelle des andern zu setzen, sondern um mit aller Einseitigkeit der Wirtschaftspolitik aufzuräumen.



Uhlands Einfluß auf die Poesie Hebbels

Don Wolfgang Wufmann



Alles dichterische Schaffen ist zu einem großen Teile nur ein Umbilden. Wie der Dramatiker und der Epiker ihre Stoffe der Sage, der Geschichte, den Chroniken oder in neuerer Zeit der Zeitung, dem Spiegel ihrer eignen Lebenszeit, entnehmen, so benützt auch der Lyriker außer den eignen Erlebnissen die verschiedenartigsten Quellen. Daher kann auch die Tatsache, daß ein Lyriker stark von einem lyrischen Vorgänger beeinflusst worden ist, nichts besonderes bieten. Sie wird aber um so interessanter, wenn für den in Stoff, Form